

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Matthias W. Birkwald, Steffen Bockhahn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/14383 –**

### **Forschungsprojekte zum sogenannten Linksextremismus**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) fördert im Rahmen seiner „Initiative Demokratie Stärken“ unter anderem zwei Forschungsprojekte zum sogenannten Linksextremismus.

Dazu gehört ein Vorhaben mit dem Titel „Demokratiegefährdende Potentiale des Linksextremismus in Deutschland“ an der Freien Universität (FU) Berlin sowie ein Vorhaben „Zwischen Gesellschaftskritik und Militanz“ an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 104 der Abgeordneten Diana Golze auf Bundestagsdrucksache 17/12304). Für die beiden Projekte, die noch bis Ende 2014 laufen, sind allein im Jahr 2012 über 190 000 Euro bewilligt worden.

Während auf der Homepage der FU Berlin über das Projekt kaum etwas zu erfahren ist, außer, dass es vom Forschungsverbund SED-Staat betrieben wird, gehen aus der Homepage der HWR Berlin mehr Informationen hervor. Demzufolge will man dort „40 problemzentrierte Interviews in ausgewählten Städten Ost- und Westdeutschlands“ führen, als Interviewpartner sind Engagierte „in Neuen sozialen Bewegungen und linksaffinen Szenen“ anvisiert. Von den Interviews verspricht man sich offenbar Aufschluss über die Zusammenhänge von politischem Engagement, biographischen Verläufen und Handlungsorientierungen. Ein Zusammenhang mit dem sogenannten Linksextremismus drängt sich hier allerdings nicht auf, es sei denn, man wollte neue soziale Bewegungen pauschal als „linksextrem“ abstempeln oder den Begriff „linksaffin“ mit „linksextrem“ gleichsetzen.

Die Fragesteller sind von Studierenden der Universität Leipzig darüber unterrichtet worden, dass Anfang Juni 2013 zwei Frauen im Plenum des Studententages erschienen seien, die für eine Studie Interviewpartner aus „Protestbewegungen“ und „linksaffinen Szenen“ suchten. Später habe sich herausgestellt, dass es um die Studie an der HWR Berlin gehe. Die Studierenden werfen den Projektmitarbeiterinnen intransparentes Verhalten vor. Diese Kritik beinhaltet auch ein Bericht in der Tageszeitung „junge Welt“ vom 2. April 2013, in dem es über die Anschreiben, mit denen Projektmitarbeiter Interviewpartner suchen, heißt: „Statt des offiziellen Titels erfährt man darin, dass an der Universität Luxemburg ein ‚soziologisches Forschungsprojekt

durchgeführt wird, das sich mit politischem Engagement von jungen Erwachsenen beschäftigt“. Die Studie solle „unter ihren jugendlichen Forschungsobjekten anhand biographischer Merkmale Risikogruppen“ identifizieren und dem Staat bzw. den Geheimdiensten auf diese Weise Informationen zu ihrer „Behandlung“ übermitteln.

Welcher Art die Zusammenarbeit mit der Universität Luxemburg ist, geht aus der Homepage der HWR Berlin nicht hervor.

Die Fragesteller haben schon in der Vergangenheit mehrfach darauf hingewiesen, dass der Begriff „Linksextremismus“ weder wissenschaftlich noch politisch klar definiert ist. Die Praxis der Verfassungsschutzämter, politisches Engagement gegen Krieg, Ausbeutung und Rassismus als „extremistisch“ zu bezeichnen und bereits beim Benutzen eines Zitates von Karl Marx das Prädikat „linksextremistisch“ zu vergeben, kann aus Sicht der Fragesteller kaum eine tragbare Basis für wissenschaftliche Projekte sein. Insofern ist es bemerkenswert, dass die HWR Berlin den Begriff gar nicht erst verwendet, sondern ihn durch den – nicht minder unpräzisen – Terminus „linksaffin“ ersetzt. Damit bleibt allerdings unklar, welchen konkreten Zweck sich das BMFSFJ letztlich von diesem Projekt erhofft und nach welchen Kriterien die Interviewpartner ausgesucht werden. Nicht zuletzt drängt sich die Frage auf, warum ein Projekt, das letztlich gerade einmal 40 Interviews anstrebt, weit über 100 000 Euro kosten soll.

#### Vorbemerkung der Bundesregierung

Mit dem Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken“ fördert die Bundesregierung, namentlich das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), demokratisches Verhalten und den Einsatz für Toleranz bei jungen Menschen.

Ziel des im präventiv-pädagogischen, integrativen und bildungsorientierten Bereich angesiedelten Programms ist die Stärkung toleranter und demokratischer Einstellungen und Handlungsweisen von jungen Menschen, um auf diese Weise der Anziehungskraft linksextremistischer und islamistischer Ideologieangebote und Gruppenzugehörigkeiten entgegenzuwirken.

Da in Deutschland die Ursachen von Linksextremismus bei jungen Menschen bislang wenig erforscht sind, ist es ein wichtiges Anliegen der Initiative, vertiefte Kenntnisse zu dem Phänomen des Linksextremismus und den Ursachen zu erlangen sowie zur Weiterentwicklung der pädagogischen Praxis beizutragen.

Die beiden im Rahmen des Bundesprogramms im Ergebnis einer Anhörung (siehe Bundestagsdrucksache 17/5329) und nach erfolgter öffentlicher Ausschreibung in Auftrag gegebenen Forschungsstudien sind namentlich

- a) „Demokratiegefährdende Potenziale des Linksextremismus in Deutschland“ von Prof. Dr. Klaus Schröder, FU Berlin und
- b) „Zwischen Gesellschaftskritik und Militanz: Politisches Engagement, biografische Verläufe und Handlungsorientierungen von Jugendlichen in Protestbewegungen und linksaffinen Szenen“ von Prof. Dr. Wolfgang Kühnel, Soziologie, Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR), Berlin, und Prof. Dr. Helmut Willems, Soziologie/Jugendforschung, Université du Luxembourg, Faculty of Language and Literature, Humanities, Arts and Education (FLSHASE), Integrative Research Unit on Social and Individual Development (INSIDE).

Das Forschungsvorhaben zu Buchstabe a wird systematisch theoretische und empirische Studien zum Linksextremismus im wiedervereinten Deutschland erfassen und die inhaltliche Ausrichtung von Begrifflichkeiten wie z. B. Linksextremismus beschreiben. Während dieses Vorhaben auf Grundlage dieser wis-

senschaftlichen Analyse untersucht, wie verbreitet linksextremistische Ideologien in Deutschland sind und welche ideologischen, kulturellen und sozialen Aspekte linksextremer Ideologien insbesondere für junge Menschen eine besondere Verführungskraft darstellen, forscht das Forschungsvorhaben zu Buchstabe b zu den persönlichen Hintergründen junger Menschen.

Die Analyse dieser Studie erfolgt auf Grundlage von ca. 40 Interviews. Die Interviews werden anhand von einem Leitfaden geführt, der individuell dem jeweiligen Diskussionspartner angepasst wird.

Ergänzt wird die qualitative Studie mit einer Online-Inhaltsanalyse. Es werden die Diskurse in den Sozialen Medien im Zusammenhang mit zentralen Protestereignissen analysiert.

Beide Forschungsprojekte enden am 31. Dezember 2014.

Die erhobenen Daten werden nur projektintern genutzt. Dritte haben keinen Zugriff. Das Zitat in der Vorbemerkung der Fragesteller „Die Studie solle ... dem Staat bzw. den Geheimdiensten auf dieser Weise Informationen zu ihrer „Behandlung“ übermitteln.“ entspricht nicht dem tatsächlichen Sachverhalt.

1. Welche Gesamtkosten (bis zum Projektende 2014) sind für die beiden Projekte beantragt, wie viele sind davon bewilligt, und auf welche Einzelkosten teilen sich diese Gesamtkosten auf (bitte möglichst vollständig angeben)?

Hält die Bundesregierung diesen Mittelansatz, insbesondere für die HWR Berlin, für angemessen, angesichts der Tatsache, dass damit lediglich 40 Interviews geführt werden sollen (bitte begründen)?

Die Kosten verteilen sich auf die jeweiligen Forschungsvorhaben wie folgt:

Forschungsprojekt der FU Berlin

Förderjahr	Personalkosten	Sachkosten	Gesamt
2012	3 460,00	68 103,00	71 563,00
2013	57 165,03	69 934,97	127 100,00
2014	5 931,60	171 168,40	177 100,00

Forschungsprojekt der HWR Berlin/Universität du Luxembourg

Förderjahr	Personalkosten	Sachkosten	Gesamt
2012	83 137,50	38 615,25	121 752,75
2013	187 396,00	47 189,50	234 585,50
2014	173 992,50	17 872,00	191 864,50

Die bei Antragstellung vorgelegten Kosten- und Finanzierungspläne wurden gemäß BHO geprüft und als angemessen für den verfolgten Zweck bewertet. Dies trifft auch auf das angefragte Kooperationsprojekt der HWR Berlin/Universität du Luxembourg zu. So war bekannt, dass das Forschungsvorhaben von HWR Berlin/Universität du Luxembourg keine repräsentative Bevölkerungsumfrage darstellt, sondern eine qualitative Studie ist, bei der gemäß der Standards der qualitativen Sozialstudie mit kleinen Stichproben gearbeitet wird. Dabei kommt es auf den Vergleich von möglichst unterschiedlichen biografischen Verläufen und politischen Aktivitätsmustern an. Feldzugang und Auswertung der Interviews sind nicht weniger aufwendig als bei quantitativen Untersuchungen.

2. Welche Angaben haben die Antragsteller oder welche Vorgaben hat das BMFSFJ gemacht, wie die Begriffe „linksaffin“ und „Neue soziale Bewegungen“ zu verstehen sind?

Bei der Verwendung des Begriffs „Linksaffinität“ stützt sich die Studie der HWR Berlin/Universität du Luxembourg auf eine Untersuchung von Matuschek, Krähnke, Kleemann und Ernst, die im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung durchgeführt wurde (Matuschek, Ingo; Krähnke, Uwe; Kleemann, Frank; Ernst, Frank (2011): Links sein. Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmyleus. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften).

Bei der Verwendung des Begriffs der „Neuen Sozialen Bewegungen“ orientiert sich die Studie an einer Untersuchung von Roth und Rucht (Roth, Roland; Rucht, Dieter (2002): Gewalt und Soziale Bewegungen. In: Martin Greiffenhagen und Slyvia Greiffenhagen (Hg.): Internationales Handbuch zur Gewaltforschung. 1. Auflage Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 461 bis 478). In den 70er-Jahren sind neue soziale Bewegungen entstanden, die sich auf Themen beziehen, wie z. B. Gleichberechtigung, Menschenrechte, Ökologie.

3. Nach welchen Kriterien will die Projektleitung an der HWR Berlin die 40 für ein Interview in Frage kommenden „linksaffinen“ jungen Erwachsenen auswählen?
  - a) Welche Orte, Szenen usw. sind bisher aufgesucht worden, um in Vorgesprächen potentielle Interviewpartner ausfindig zu machen?
  - b) Anhand welcher politischer Merkmale sollen sie ausgewählt werden?
  - c) Sollen dabei schwerpunktmäßig Angehörige vom Verfassungsschutz beobachteter oder als „linksextremistisch“ bezeichneter Organisationen oder Strömungen ausgewählt werden?
  - d) Sollen dabei schwerpunktmäßig solche Personen ausgewählt werden, die nach Eigenangaben gewaltbereit oder nicht gewaltbereit sind?
  - e) Anhand welcher biographischer Merkmale sollen die Jugendlichen ausgewählt werden?
  - f) Inwiefern ist eine repräsentative Auswahl hinsichtlich der sozialen Herkunft bzw. beruflichen Situation der Interviewpartner angestrebt?
  - g) Welche Kriterien wurden genannt für die Auswahl der Städte, in denen Interviews erfolgen sollen?
7. Inwiefern trifft es zu, dass die Studie „Risikogruppen“ identifizieren soll, welches Risiko ist damit gemeint, wie soll ihre Identifizierung erfolgen, und welche möglichen Schlussfolgerungen sind damit verbunden?
10. Um welche „zentralen Protestereignisse“ handelt es sich, die mit einer Online-Inhaltsanalyse ausgewertet werden sollen?
11. Inwiefern ist inzwischen bereits ein Fragebogen erarbeitet worden, und welche Fragen enthält dieser (bitte ggf. auch einen Zwischenstand angeben)?

Inwiefern ist beabsichtigt, im Rahmen der Interviews Daten zu allfälligen Straftaten zu erheben, und welche Vorgaben gelten hierbei hinsichtlich der Anonymität?

Die Fragen 3, 7, 10 und 11 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Aus Gründen des Datenschutzes und zur Wahrung der Anonymität der interviewten Personen werden hierzu nur folgende Angaben gemacht: die Interview-

partner und Interviewpartnerinnen werden weder nach politischen noch nach biografischen Merkmalen ausgesucht. Risikogruppen werden nicht gebildet.

Die Interviews werden nicht auf Grundlage von Fragebögen wie beispielsweise bei Bevölkerungsumfragen geführt. Erhebungen zu Straftaten finden nicht statt.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

4. Sind bereits Anschlussprojekte erörtert worden, und wenn ja, welche?

Anschlussprojekte sind nicht erörtert worden.

5. Welche Relevanz hat es für die Stärkung der Demokratie, zu erfahren, welche „Prozesse der sozialen und individuellen Identität“ Jugendliche erfahren haben?
6. Welchen konkreten Beitrag zur „Stärkung der Demokratie“ verspricht sich die Bundesregierung von den 40 Interviews mit „linksaffinen“ jungen Erwachsenen?  
  
Welche Vorstellungen hat sie davon, wie die Ergebnisse operationalisierbar gemacht werden, um zur Bekämpfung des angeblichen „Linksextremismus“ zu taugen?
17. Welche Relevanz erwartet die Bundesregierung von der Studie für die Stärkung der Demokratie, und welche Vorstellungen hat sie davon, wie die Ergebnisse Arbeit operationalisierbar gemacht werden, um zur Bekämpfung des angeblichen „Linksextremismus“ zu taugen?

Die Fragen 5, 6 und 17 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Mit dem Programm „Initiative Demokratie Stärken“ sollen jungen Menschen stark gemacht werden gegen jede Form des politischen Extremismus, damit sie sich offen und gewaltfrei für die Werte unserer freiheitlichen Demokratie, insbesondere für Menschenwürde, Demokratie und Toleranz in der Gesellschaft, einsetzen.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

8. Welche Angaben kann die Bundesregierung zu den Vorwürfen machen, dass Projektmitarbeiter bei der Suche nach Interviewpartnern nicht offen darüber aufklären, wer das Projekt durchführt und dass es Teil des Anti-„Linksextremismus“-Projekts der Bundesregierung ist, und inwiefern will sie gegenüber der HWR Berlin deutlich machen, dass eine solche offene Aufklärung notwendig ist?

Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Projekts sind gehalten, bei ihrer Suche nach Interviewpartnern und Interviewpartnerinnen umfassend über die Ziele, Methoden und die Verwendung der Daten aufzuklären. Die Verantwortung für die Umsetzung der Vorgaben liegt in der Verantwortung des Projektnehmers.

9. Welcher Art ist die Zusammenarbeit mit der Universität Luxemburg?
  - a) Welches Institut, welcher Fachbereich oder sonstige Abteilung ist dort federführend?
  - b) Was sind die Beiträge aus Luxemburg?
  - c) Inwiefern beteiligt sich die Universität Luxemburg an der Finanzierung?

Die Finanzierung des Forschungsprojektes erfolgte über eine Zuwendung.

Zwischen dem HWR Berlin und der Université du Luxembourg besteht ein Kooperationsvertrag zu diesem Projekt. Die Federführung an der Université Luxembourg liegt beim Lehrstuhl von Prof. Dr. Helmut Willems, Faculty of Language and Literature, Humanities, Arts and Education (FLSHASE), Integrative Research Unit on Social and Individual Development (INSIDE). Das Projekt wird arbeitsteilig durchgeführt.

12. Was geschieht mit personengebundenen Daten, die im Laufe des Projekts erhoben werden, wo und wie lange werden diese aufbewahrt?  
Wer hat Zugriff auf diese Daten?
15. Welche Art von Daten über Organisationen und Personen sollen während des Projektes erhoben werden, inwiefern gehören dazu personengebundene Daten, wo werden diese aufbewahrt und für wie lange, und wer hat Zugriff auf diese Daten?

Die Fragen 12 und 15 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Wie bei vergleichbaren Forschungsprojekten üblich, werden die Daten unter Berücksichtigung des Datenschutzes verarbeitet, so dass aus den Ergebnissen kein Rückschluss auf natürliche Personen möglich ist. Die Befragungsergebnisse werden auch projektintern nur anonymisiert genutzt.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

13. Welche Ziele verfolgt das Projekt an der FU Berlin, und welches methodische Vorgehen wird dabei verfolgt?

Das Projekt will das die Demokratie gefährdende Potenzial des Linksextremismus erforschen und setzt hierbei quantitative und qualitative Befragungsmethoden ein.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

14. Welche Angaben hat die Projektleitung darüber gemacht, was sie jeweils unter „linksextremen Ideologien“ sowie „linksextremen Parteien und Gruppen“ versteht?

Unter „linksextrem“ versteht die Projektleitung politisch-ideologische Vorstellungen, welche die bestehende, freiheitlich demokratische Grundordnung abschaffen wollen. An deren Stelle soll – je nach ideologischer Ausrichtung im Einzelnen – eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft („Diktatur des Proletariats“) oder eine „herrschaftsfreie“, anarchistische Gesellschaftsordnung treten, die sich demokratischer Legitimation und Kontrolle entzieht. Ideologien werden als „linksextrem“ gewertet, wenn sie o. g. Ziele verfolgen. Gleiches gilt für Parteien und Gruppen.

- a) Inwiefern erwartet die Bundesregierung, dass die Projektleitung sich dabei weitgehend an die Praxis des Bundesamtes für Verfassungsschutz hält?

Forschung und Wissenschaft sind frei. Das Projekt orientiert sich an seinen eigenen Leitfragen.

- b) Welche Ideologien, Parteien, Gruppen und ggf. Strömungen, Einzelpersonen usw. stehen konkret im Focus des Projekts?

Ideologien, Parteien, Strömungen usw., die demokratiefeindliche Ziele verfolgen, werden im Projektverlauf untersucht und anschließend in Hinblick auf ihre Demokratiegefährdung eingeschätzt.

16. Inwiefern hält die Bunderegierung Fragestellungen zur „Verführungskraft“ angeblicher „Linksextremisten“ sowie Fragen, „über welche Themen und Aktionsfelder Linksextreme vorrangig ihren Nachwuchs rekrutieren“ (Zitate aus der FU-Projektbeschreibung), für hinreichend wissenschaftlich, um Ausgaben von mehreren zehntausend Euro zu rechtfertigen, obwohl damit aus Sicht der Fragesteller suggeriert wird, Jugendliche würden weniger aus eigenem Entschluss, sondern durch „Verführung“ von linken politischen Gruppen „rekrutiert“?

Das Projekt erforscht, was Jugendliche bewegen könnte, sich linksextremen Gruppen anzuschließen und linksextreme Ideologien zu akzeptieren bzw. zu vertreten.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 5, 6 und 17 und die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

